



Detailansicht des Registereintrags

Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e. V.

Stand vom 03.04.2025 17:12:22 bis 30.06.2025 16:17:44

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001874
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	03.04.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Königswinterer Str. 329 53227 Bonn Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +49228911850 E-Mail-Adressen: info@bvmb.de Webseiten: www.bvmb.de</p>
Hauptstadtrepräsentanz:	<p>Wilhelmstraße 77 10117 Berlin</p> <p>Telefonnummer: +49228911850 E-Mail-Adresse: info@bvmb.de</p>
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
Mitgliedsbeiträge, Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

150.001 bis 160.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

4,55

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dipl.-Bw. Martin Steinbrecher**

Funktion: Präsident

2. RA Jürgen Faupel

Funktion: Stellvertretender Präsident

Braute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):**1. RA Dirk Stauf****2. M. Eng. Daniel Jonas****3. Alexander Falkenhahn****4. Philipp Gross lic. oec. HSG****5. Marcus Herwarth****6. Dipl.-Ing. Wolfgang Hörnig****7. Dipl.-Ing. Björn Stutz****8. Dipl.-Ing. Johannes van der Linde****9. Axel-Björn Hüper****10. Dipl.-Bw. Martin Steinbrecher****11. RA Jürgen Faupel****Gesamtzahl der Mitglieder:**

859 Mitglieder am 19.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (15):**1. forum vergabe e. V.****2. Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V.****3. RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V.****4. Pro Mobilität - Initiative für Verkehrsinfrastruktur e. V.****5. Deutscher Baugerichtstag e.V.****6. Bundesverband Public Private Partnership (BPPP) e.V.****7. Akkreditierungsverbund für Studiengänge des Bauwesens (ASBau) e. V.****8. Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.**

9. Initiative pro AGB-Recht
10. Versorgungswerk deutscher Verbände und Arbeitgeber (VdVA) e. V.
11. Deutsche Gesellschaft für Außergerichtliche Streitbeilegung in der Bau- und Immobilienwirtschaft e. V.
12. Deutscher Vergabe- und Vertragsausschuss (DVA)
13. German Lean Construction Institute - GLCI e.V. (IPA Zentrum)
14. Bundesverband Digitales Bauwesen (BDBau) e. V.
15. Verbändeinitiative Großraum- und Schwertransport (VI GST)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (19):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Wohnen; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Unfallversicherung; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die tarifpolitisch ungebundene, bundesweit tätige Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) konstituiert sich weit überwiegend aus Unternehmen der mittelständischen Bauwirtschaft und deren Partnern und setzt sich bereits seit 1964 für die Belange der mittelständischen Bauwirtschaft in Deutschland ein, indem sie die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen ihrer Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt und so die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die mittelständische Bauwirtschaft in Deutschland verbessert.

Die BVMB übt die Interessenvertretung und Vernetzung ihrer Mitglieder aus, indem sie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betreibt, Fachtagungen organisiert, einen jährlichen Neujahrsempfang und Tag der mittelständischen Bauwirtschaft veranstaltet, Positionspapiere veröffentlicht, Stellungnahmen verfasst, wissenschaftliche Gutachten in Auftrag gibt und Fachgespräche mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus der Politik und Verwaltung wahrnimmt.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Moderne-Schiene-Gesetz

Beschreibung:

Der Bundestag hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, im Moderne-Schiene-Gesetz die Finanzierungsstrukturen der Schienenwege weiterzuentwickeln und weitere Rahmenbedingungen zu verbessern, um den Kapazitätsaufbau in der Schieneninfrastruktur zu vereinfachen und langfristig abzusichern. Die BVMB setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass für die deutsche Eisenbahninfrastruktur im Rahmen des geplanten Moderne-Schiene-Gesetzes eine langfristigere Finanzierungsperspektive geschaffen wird, beispielsweise durch einen Infrastrukturfonds und/oder weitere überjährige Finanzierungsvereinbarungen. In diesem Kontext sollte die bestehende Rechtslage geändert bzw. ergänzt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 95/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

BSWAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

2. Beibehaltung der §§ 305ff. BGB in der aktuell geltenden Fassung bzgl. Justizstandort-Stärkungsgesetz

Beschreibung:

Die BVMB ist Teil der Initiative pro AGB-Recht und setzt sich in diesem Rahmen gemeinsam mit ca. 40 weiteren Verbänden bereits seit mehr als 10 Jahren dafür ein, das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) zu bewahren. Explizit wendet sich die Initiative pro AGB-Recht gegen eine Ergänzung des Gesetzentwurfs des Justizstandort-Stärkungsgesetzes um

materiellrechtliche Änderungen des AGB-Rechts mit dem Ziel, die Inhaltskontrolle verwendeter Vertragsklauseln im unternehmerischen Geschäftsverkehr einzuschränken. Zweck ist also die bestehende Rechtslage der §305 ff. BGB in der aktuell geltenden Fassung zu erhalten, d. h. die Verhinderung der Schaffung von Bereichsausnahmen hinsichtlich der Anwendung der §§ 305ff. BGB für Verträge in der Realwirtschaft.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8649 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 374/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11466 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/8649 - Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406250159 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. [SG2406250162 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. [Förderung der ETCS-Nachrüstung von Nebenfahrzeugen](#)

Beschreibung:

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, den Einbau von ETCS-On-Board-Units (European Train Control System) in Bestandsfahrzeugen, die im räumlichen Anwendungsbereich der im Bundesschienenwegeausbaugesetz dargelegten Infrastrukturen eingesetzt werden sollen, zu unterstützen und bei Infrastruktur und Fahrzeugumrüstung die Verwendung offener

Standards zu ermöglichen. Die BVMB setzt sich für eine Änderung der bestehenden Regelung ein, die eine finanzielle Förderung der ETCS-Nachrüstung von Nebenfahrzeugen (z. B. Gleisbaumaschinen) vorsieht.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 95/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

BSWAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

4. Beibehaltung der §§ 305ff. BGB in der aktuell geltenden Fassung.

Beschreibung:

Beibehaltung der §§ 305ff. BGB, insbesondere hinsichtlich der AGB-Inhaltskontrolle im B2B-Bereich und bezüglich des Schutzes vor unangemessen benachteiligenden Bestimmungen in Verträgen im unternehmerischen Geschäftsverkehr.

Verhinderung der Schaffung von Bereichsausnahmen hinsichtlich der Anwendung der §§ 305ff. BGB für Verträge in der Realwirtschaft.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1.220.001 bis 1.230.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Einnahmen-Ausgaben-BVMB-2023.pdf